KAMPAGNE FÜR GERECHTIGKEIT FÜR DIE ÜBERLEBENDEN DES VÖLKERMORDS AN DEN YEZIDEN

19 Januar 2022

Präsident Joseph R. Biden
Weißes Haus
1600 Pennsylvania Avenue, N.W.
Washington, DC 20500

Vizepräsidentin Kamala Harris
Weißes Haus
1600 Pennsylvania Avenue, N.W.
Washington, DC 20500

BETRIFFT: *Aufruf zur Durchführung internationaler straf- und zivilrechtlicher Untersuchungen gegen Facebook, Instagram (im Eigentum von Facebook, jetzt Meta genannt), WhatsApp (im Eigentum von Facebook), Messenger (im Eigentum von Facebook), Twitter, YouTube (im Eigentum von Google/Alphabet), Kik, Telegram und andere Unternehmen sowie gegen deren Vorstände und leitende Angestellte wegen Beihilfe zur Begehung von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und Menschenrechtsverletzungen durch den ISIS; den genannten globalen Technologie- und Social-Media-Unternehmen wird vorgeworfen, die vollständig unter der Kontrolle dieser Unternehmen stehenden Social-Media-Plattformen dem ISIS als Werkzeug zur Verfügung gestellt zu haben, um Geld zu sammeln, mit dem Versprechen einer Belohnung in Form von Sklaven Kämpfer zu rekrutieren, das Geschäft des Menschenhandels mit Frauen und Kindern der Yeziden und anderer religiöser und ethnischer Minderheiten zu betreiben und Online-Sklavenauktionen von Frauen und Kindern abzuhalten, was Verstöße gegen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermords, die UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, die UN-Konvention über die Rechte des Kindes, das Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, das Internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen, die Deklaration der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker und das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität einschließlich der dazugehörigen Protokolle sowie gegen andere internationale, nationale und subnationale Gesetze darstellt;*

Forderung, dass Facebook, Instagram, WhatsApp, Messenger, Twitter, YouTube, Kik, Telegram und andere Unternehmen, deren Aufsichtsräte und leitende Angestellte sowie strafrechtliche Verfolgung derselben für die Beihilfe zur Begehung von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und Menschenrechtsverletzungen durch den Islamischen Staat in Irak und Syrien (ISIL/ISIS) die Haftung übernehmen; den genannten globalen Technologie- und Social-Media-Unternehmen wird vorgeworfen, ISIS die Nutzung der von ihnen vollständig kontrollierten Social-Media-Plattformen als Werkzeuge zur Sammlung von Geldspenden, zur Rekrutierung von Kämpfern mit dem Versprechen einer Belohnung in Form von Sklaven, zum Betreiben von Menschenhandel mit Frauen und Kindern der Yeziden und anderer religiöser und ethnischer Minderheiten und zur Abhaltung von Online-Sklavenauktionen von Frauen und Kindern gestattet zu haben; diese Handlungen stellen Verstöße gegen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermords, die UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, die UN-Konvention über die Rechte des Kindes, das Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, das Internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen, die Deklaration der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker und das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität einschließlich der dazugehörigen Protokolle, sowie gegen andere internationale, nationale und subnationale Gesetze dar;

Forderung nach internationalen und nationalen rechtlichen Reformen, einschließlich der Aufhebung der Immunität für Unternehmensakteure, die terroristische Propaganda und Hassreden auf ihren Social-Media-Plattformen zulassen, sowie die Schaffung rechtlicher und finanzieller Rechenschaftspflichten und die Durchsetzung der Gesetze zur Regelung dieser globalen Technologie- und Social-Media-Unternehmen, einschließlich unter anderen Facebook, Instagram, WhatsApp, Messenger, Twitter, YouTube, Kik und Telegram, um zukünftig Vorgänge, die Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord, Menschenrechtsverletzungen und Menschenhandel Vorschub leisten, verhindern zu können.

Sehr geehrter Präsident Biden, sehr geehrte Vizepräsidentin Harris:

Wir sind eine Gruppe von Juristen und Menschenrechtsexperten, die Mitglieder der Organisation ‚Nederland Helpt Yeziden' (*Die Niederlande helfen den Yeziden*) oder NLHY sind. NLHY hat ihren Sitz in den Niederlanden und setzt sich für die Yeziden ein, eine kleine, aber äußerst wichtige ethnische und religiöse Minderheit, deren historische Siedlungsgebiet im Sindschar-Gebirge und in den Niniveh-Ebenen im Norden des Irak liegt. NLHY ist ein unabhängiges Netzwerk von Freiwilligen aus dem Bereich Recht und Menschenrechte. Die Organisation ist bemüht, Gerechtigkeit für die Yeziden durchzusetzen, indem sie sich dafür einsetzt, dass die Täter sowie diejenigen, die dem Völkermord Vorschub geleistet haben, rechtlich und finanziell zur Verantwortung gezogen werden.

Die Yeziden gehören zu den am stärksten unterdrückten Minderheiten im Nahen Osten und leben, an den Rand der irakischen Gesellschaft gedrängt, größtenteils als arme Bauern und Hilfsarbeiter im Norden des Irak. Als Anhänger einer nichtmoslemischen Religion stellen die Yeziden ein spezifisches Angriffsziel für den ISIS dar, der seit 2014 einen international anerkannten Völkermord an den Yeziden verübt, der bis heute andauert.

Mit dem vorliegenden Schreiben und dem beigefügten Bericht wollen wir Sie auffordern, internationale straf- und zivilrechtliche Ermittlungen gegen globale Technologie- und Social-Media-Unternehmen, ihre Vorstände und leitenden Angestellten sowie gegebenenfalls eine strafrechtliche Verfolgung derselben einzuleiten, wobei die Vorwürfe lauten: Begünstigung des Islamischen Staats im Irak und in Syrien (ISIL/ISIS) durch Beihilfe zu den von den ISIS-Kämpfern begangenen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen durch Zurverfügungstellung der von ihnen betriebenen und zur Gänze kontrollierten Social-Media-Plattformen. Die Plattformen wurden vom ISIS verwendet, um Kämpfer zu rekrutieren, denen zur Belohnung Sklaven versprochen wurden, sowie um Menschenhandel mit Yeziden-Frauen und -Kindern zu betreiben und - unter Verstoß gegen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, das Übereinkommen zur Verhütung und Bestrafung des Völkermords, das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes, die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker und das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen transnationale organisierte Kriminalität und die dazugehörigen Protokolle sowie gegen andere internationale Verträge und Bundes- und Landesgesetze - Online-Sklavenauktionen von Yeziden-Frauen und -Kindern abzuhalten.

Diese Forderung nach Ermittlungen betrifft insbesondere Facebook, Instagram, WhatsApp, Messenger, Twitter, YouTube, Kik und Telegram. Aus öffentlich verfügbaren Informationen, einschließlich wissenschaftlicher Forschungsergebnisse in beträchtlichem Umfang, lässt sich umfangreiches Beweismaterial ableiten, aus dem hervorgeht, dass die genannten globalen Technologie- und Social-Media-Unternehmen eine Verwendung ihrer Plattformen als Werkzeuge des Terrors zugelassen haben, wodurch es den Mitgliedern und Unterstützern des ISIS ermöglicht wurde, unmenschliche Gräueltaten zu planen und Kriegsverbrechen, einschließlich Völkermord, zu begehen; ebenso wurde mit Hilfe dieser Plattformen die Rekrutierung von Jihadisten-Fußsoldaten ermöglicht und beschleunigt.

Durch den Völkermord im Jahr 2014 wurden mehr als 400.000 Yeziden vertrieben. Viele von ihnen leben bis heute zutiefst traumatisiert, mit Selbstmordgedanken und in verzweifelter Sorge um vermisste Familienmitglieder. Vertrieben aus ihren Häusern, Höfen und Gemeinden existieren sie in bitterer Armut und sehen in ihrem Leben in den im gesamten Nordirak verstreuten Lagern für Binnenvertriebene keine Hoffnung für ihr zukünftiges Leben.

Die Tatsache, dass seit 2014 an den Yeziden ein Völkermord begangen wurde und wird, ist unbestritten und wurde zuletzt von Beamten der Vereinten Nationen (UN) offiziell bestätigt. Am 10. Mai 2021 berichtete der ehemalige Sonderberater und Leiter eines UN-Teams zur Untersuchung der Gräueltaten des Islamischen Staats im Irak und in der Levante (ISIL), Karim Khan, an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, die Ermittler hätten „eindeutige und überzeugende“ Beweise für einen Völkermord an der religiösen Minderheit der Yeziden erbracht. Die Ermittler des UN-Untersuchungsteams zur Förderung der Rechenschaftspflicht für von Da'esh/ISIL begangene Verbrechen (UNITAD) haben vorläufige Fallbeschreibungen zu zwei zentralen Prioritäten fertiggestellt, nämlich den Angriffen auf die Gemeinden der Yeziden in der Sindschar-Region des Irak sowie den Tötungen unbewaffneter Kadetten und Angehörigen des militärischen Personals, überwiegend Shia-Moslems, an der Tikrit Air Academy im Juni 2014. In seinem sechsten und letzten Bericht wies Khan darauf hin, dass die Verbrechen des ISIL, insbesondere das [an die Yeziden gerichtete] Ultimatum, zu konvertieren oder zu sterben, „das Gewissen der Menschheit erschüttert“ haben. Die von UNITAD gesammelten Beweise bestätigen Verbrechen wie Mord, Vergewaltigung, Folter, Versklavung, sexuelle Sklaverei und Verfolgung der Yeziden. Im Irak wurde der ISIS im Jahr 2017 besiegt, laut Angaben der UN hat die Gruppe jedoch mehr als 200 Massengräber hinterlassen, die bis zu 12.000 Opfer enthalten könnten.

Die Frage der zivil- und strafrechtlichen Haftung globaler Technologie- und Social-Media-Unternehmen für die Verbreitung von Hassbotschaften, die zu Gewaltverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit führen, stellt sich mit immer größerer Dringlichkeit in dem Ausmaß, in dem die Zivilgesellschaften und Regierungen ein tieferes Verständnis der Rolle entwickeln, die diese Unternehmen bei der Verbreitung von Hassbotschaften spielen, die traditionell einen rechtlichen Schutz genießen und nicht straf- und zivilrechtlich verfolgt werden können, wenn sie zur Ausübung von Gewalt aufrufen.

Social-Media-Unternehmen mit Sitz in den Vereinigten Staaten werden möglicherweise argumentieren, dass sie aufgrund des von Abschnitt 230 des Communications Decency Act gewährten umfassenden Schutzes nicht haftbar gemacht werden können. Diese Immunität gilt jedoch nicht absolut. Im Fall der Yeziden kommt noch die Tatsache hinzu, dass die vom ISIS propagierten und auf den Social-Media-Plattformen verbreiteten Hassbotschaften in engem Zusammenhang mit internationalem und nationalem Menschenhandel stehen, der ein wichtiges Rekrutierungs- und Finanzierungsinstrument des ISIS darstellte.

Wir glauben, dass die aus dem beiliegenden Bericht hervorgehenden Ergebnisse, die unter anderem zu Vorwürfen gegenüber Facebook, Instagram, YouTube, Twitter, WhatsApp, Messenger, Kik und Telegram Anlass geben, staatliche Ermittlungen erfordern, in deren Rahmen die Ermittler mit entsprechenden Nachforschungs- und aufsichtsbehördlichen Vollmachten auszustatten sind, die es ihnen ermöglichen, eine gründliche Untersuchung durchzuführen und abzuschließen und gegebenenfalls gegen die genannten Unternehmen straf- und zivilrechtliche Verfahren einzuleiten.

Dank unserer umfangreichen Recherchen ist NLHY in der Lage, zu bestätigen, dass:

1. der ISIS unter anderem Social-Media-Plattformen wie Facebook, Instagram, YouTube, Twitter, WhatsApp, Messenger, Kik und Telegram genutzt hat, um seine Propaganda zu verbreiten und Kämpfer für das Kalifat zu rekrutieren; diesen Rekruten wurden dort Reichtum und Sklaven versprochen;

2. Facebook, Instagram, YouTube, Twitter, WhatsApp, Messenger, Kik, Telegram und ähnliche Unternehmen die Technologien und Server betreiben und kontrollieren, durch die es dem ISIS ermöglicht wurde, Propaganda zu verbreiten und Kämpfer zu rekrutieren; zur Belohnung wurden diesen Rekruten dort Reichtum und Sklaven versprochen;

3. Facebook, Instagram, YouTube, Twitter, WhatsApp, Messenger, Kik, Telegram und ähnliche Unternehmen von allen Benutzern, die Konten eröffnen und ihre Social-Media-Plattformen sowie privaten Kommunikationstools nutzen, die Einhaltung von Gemeinschaftsstandards verlangen, die Hassreden sowie alle Aktivitäten, die zur Begehung von Verbrechen wie Menschenhandel aufrufen, verhindern sollen;

4. Facebook, Instagram, YouTube, Twitter, WhatsApp, Messenger, Kik, Telegram und ähnliche Unternehmen sich mit dem Ziel der Erreichung weltweiter Dominanz auf künstliche Intelligenz verlassen und es den Nutzern gestatten, in vielen Sprachen zu posten; es werden daher auch Botschaften in Sprachen versendet, deren Inhalt diese Unternehmen aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse nicht ausreichend überprüfen können. Eine ordnungsgemäße Überwachung der von Benutzern veröffentlichten Inhalte sowie die Durchsetzung der Gemeinschaftsstandards, die einen Vertrag zwischen den Benutzern und den Unternehmen zur Einhaltung der Gemeinschaftsregeln für die Nutzung von Social-Media-Plattformen darstellen, war daher nicht möglich;

5. Facebook, Instagram, YouTube, Twitter, WhatsApp, Messenger, Kik, Telegram und ähnliche Unternehmen speziell auf künstliche Intelligenz angewiesen sind, um Inhalte an ihre Benutzer weiterzuleiten und dass darüber hinaus durch die Algorithmen von Facebook, Instagram, YouTube, Twitter, WhatsApp, Messenger und Telegram der unmenschliche Ton der Nachrichten über die Yeziden in den Botschaften, die an potenziell an derartigen Nachrichten interessierte Empfänger versendet wurden, tatsächlich noch verstärkt wurde;

6. Facebook, Instagram, YouTube, Twitter, WhatsApp, Messenger, Kik, Telegram und ähnliche Unternehmen die Versendung der jeder Menschlichkeit entbehrenden Posts über Yeziden gestattet haben, in denen es unter anderem um Gefangennahme, Haltung und Kauf und Verkauf von Yeziden-Frauen und -Kindern als Sklaven ging, was direkt dazu beigetragen hat, den von ISIS begangenen Völkermord an den Yeziden weiter voranzutreiben;

7. Facebook, Instagram, YouTube, Twitter, WhatsApp, Messenger, Kik, Telegram und ähnliche Unternehmen es versäumt haben, die unmenschlichen Postings über Yeziden zu entfernen, in denen es unter anderem um Gefangennahme, Haltung und Kauf und Verkauf von Yeziden-Frauen und -Kindern als Sklaven ging, was direkt dazu beitrug, den von ISIS begangenen Völkermord an den Yeziden weiter voranzutreiben;

8. Facebook, Instagram, YouTube, Twitter, WhatsApp, Messenger, Kik, Telegram und ähnliche Unternehmen unter direkter Verletzung internationaler Gesetze und Verträge sowie nationaler und subnationaler Gesetzesbestimmungen, die diese regeln, den Menschenhandel mit Yeziden auf ihren Plattformen zulassen. Menschenhandel ist äußerst lukrativ für den ISIS, der immer wieder Yeziden im Rahmen persönlicher und Online-Auktionen verkauft hat;

9. Die Vorstände und die Geschäftsleitung von Facebook, Instagram, YouTube, Twitter, WhatsApp, Messenger, Kik, Telegram und ähnlichen Unternehmen über die illegalen Aktivitäten des ISIS auf ihren Plattformen informiert wurden und es unterlassen haben, die notwendigen Maßnahmen zur Unterbindung dieser illegalen Aktivitäten und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu treffen;

10. Die Aufsichtsräte und die Geschäftsführung von Facebook, Instagram, YouTube, Twitter, WhatsApp, Messenger, Kik, Telegram und ähnlichen Unternehmen für ihre Beitragstäterschaft in Bezug auf die vom ISIS durch Nutzung der genannten Social-Media-Plattformen begangenen Verbrechen nie zur Rechenschaft gezogen wurden; und

11. Obwohl es reichlich Beweise gegen sie gibt, keine Regierung, auch kein Mitglied der Koalition der Willigen, das Truppen in den Irak entsandt hatte, jemals gründlich untersucht hat, welche Rolle die Social-Media-Unternehmen dabei gespielt haben, dem ISIS die Anwerbung von ausländischen Kämpfern und den Online-Menschenhandel zu ermöglichen.

Als Rechts- und Menschenrechtsexperten verlangen wir eine gründliche und lückenlose Untersuchung des Verschuldens und der Haftung der Social-Media-Unternehmen, die es dem ISIS gestattet haben, ihre Social-Media-Plattformen offen und effizient als Instrument zur Verbreitung von Propaganda, zur Rekrutierung von Kämpfern mit dem Versprechen von Reichtum und Sklavenbesitz und zum Menschenhandel mit Yeziden-Frauen und Kindern als Kriegsbeute zu verwenden.

Es wurde keine Untersuchung der Rolle der Social-Media-Unternehmen bei der Unterstützung und Förderung der Online-Aktivtäten des ISIS zur Rekrutierung von Kämpfern für das Kalifat durchgeführt und keines dieser Unternehmen wurde bisher für die Schäden in Milliardenhöhe, die aus dieser Untätigkeit entstanden sind, zur Rechenschaft gezogen, sei es strafrechtlich oder zivilrechtlich.

Formeller Aufruf der NLHY zur Durchführung von Ermittlungen

Im Namen der Yeziden-Opfer des ISIS:

1. richtet NLHY hiermit einen Aufruf an alle Länder, einschließlich der Mitglieder der Koalition der Willigen, die Truppen in den Irak entsandt haben, sowie an alle mit der Untersuchung und Bestrafung von Völkermord und Kriegsverbrechen beauftragten internationalen Rechtsorgane, Ermittlungen durchzuführen und im vollen Umfang der rechtlichen Möglichkeiten die Unternehmen Facebook, Twitter, Google, YouTube, Messenger, WhatsApp, Kik und Telegram für ihre Rolle in der Unterstützung und Förderung des ISIS zur Rechenschaft zu ziehen;

2. fordert NLHY eine vollständige und gründliche Untersuchung, einschließlich der Herausgabe und Vorlage aller Daten, die von Facebook, Twitter, Google, YouTube, Messenger, WhatsApp, Kik, Telegram und ähnlichen Unternehmen im Zeitraum von 2006 bis heute gesammelt wurden;

3. fordert NLHY Anhörungen und Untersuchungen durch internationale und nationale Gesetzgebungs- und Untersuchungsorgane, um unter anderem die Führungskräfte, Vorstandsmitglieder und leitenden Angestellten von Facebook, Twitter, Google, YouTube, Messenger, WhatsApp, Kik und Telegram über die Nutzung ihrer Plattformen durch ISIS zu vernehmen;

4. fordert NLHY die straf- und zivilrechtliche Verfolgung der Vorstandsmitglieder und Vorstände von Facebook, Twitter, Google, YouTube, Messenger, WhatsApp, Kik, Telegram und ähnlichen Unternehmen unter Ausschöpfung aller zur Verfügung stehenden rechtlichen Möglichkeiten wegen Beihilfe zu Kriegsverbrechen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit; und

5. fordert NLHY die Vorstandsmitglieder und Vorstände von Facebook, Twitter, Google, YouTube, Messenger, WhatsApp, Kik, Telegram und ähnlichen Unternehmen auf, Schadensersatz für die Kriegsschäden in Milliardenhöhe zu leisten, die durch die aus den Handlungen der genannten Unternehmen resultierende Zerstörung der von den Yeziden bewohnten Gebiete verursacht wurden;

ebenso wird die formelle Einrichtung eines von Social-Media-Unternehmen zu finanzierenden Yeziden-Opferentschädigungsfonds gefordert.

Die Kosten für den Wiederaufbau des Irak wurden auf 82 Mrd. Dollar geschätzt. Die Vereinigten Staaten, Frankreich, Deutschland, Schweden und andere Staaten tragen die Kosten für den Wiederaufbau des Irak und die Aufnahme von Yeziden und Christen als Asylbewerber, für die die Steuerzahler dieser Länder enorme Summen aufbringen müssen. Deutschland allein hat bereits über 1.100 vom ISIS versklavte Frauen aufgenommen und über 107 Millionen US-Dollar bereitgestellt, um Yeziden-Frauen sowie auch Christen und Schiiten zur Rehabilitation und zur Möglichkeit, ein neues Leben zu beginnen, ins Land zu bringen. Ein Teil der Rechnung für den Wiederaufbau der Sindschar-Region wurde an die irakische Regierung geschickt, die finanziell nicht in der Lage ist, diese zu bezahlen, sowie an Länder wie die Vereinigten Staaten, Frankreich und Deutschland, die bereits Hunderte Millionen Dollar für die Unterstützung der Yeziden ausgegeben haben. Darüber hinaus mussten kleinere und wirtschaftlich instabile Nachbarländer des Irak, wie Jordanien, Libanon, Türkei und Griechenland, Millionen von Migranten und Flüchtlingen aufnehmen, die Sicherheit vor Krieg, bewaffneten Konflikten und Völkermord suchten. Die Social-Media-Unternehmen, die es dem ISIS gestattet hatten, ihre Plattformen zur Verbreitung terroristischer Propaganda, zur weltweiten Online-Rekrutierung von Kämpfern und zum Online-Sklavenhandel zu nutzen, wurde jedoch für ihre Rolle beim Aufstieg des ISIS und für den Schaden, den sie dem Irak und Syrien zugefügt haben, nie zur Rechenschaft gezogen.

NHLY fordert diese Ermittlungen nicht nur im Interesse der Yeziden, sondern auch im Interesse aller anderen religiösen und ethnischen Minderheiten, die diesen mächtigen globalen Technologieunternehmen ausgeliefert sind, die absolute Kontrolle und Gestaltungsfreiheit hinsichtlich der genannten Social-Media-Plattformen und der darauf platzierten Inhalte haben.

NHLY fordert alle Regierungen, Ermittlungsbehörden und Justizbehörden, die mit der Untersuchung und strafrechtlichen Verfolgung der Verbrechen gegen die Yeziden - einschließlich der in diesem Schreiben beschriebenen - beauftragt sind, die ihnen auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen und Gerechtigkeit für die Yeziden durchzusetzen.

Wenn keine angemessenen Ermittlungen durchgeführt, Rechenschaftspflicht und Bestrafung nicht durchgesetzt und keine konstruktiven internationalen Anstrengungen unternommen werden, um diese Verbrechen einzudämmen, ist es nur eine Frage der Zeit, bis mangels abschreckender Strafen derartige Verbrechen erneut begangen werden.

NLHY ist jederzeit bereit, diesen Aufruf an Regierungen, Justizbehörden, Staatsanwälte und Ermittler zu erörtern, und hofft, zusätzliche und wichtige Informationen bereitstellen zu können, die bei der Einleitung dieser unverzichtbaren Ermittlungen von Nutzen sein können.

Unser Ermittlerteam ist unter contact@nlhelptYeziden.nl zu erreichen. Mich persönlich können Sie direkt unter wahhabhassoo@gmail.com kontaktieren Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung.

Mit freundlichen Grüßen,

Wahhab Hassoo
Gründer, Yezidi Human Rights Advocate
NLHY (NL Helpt Yezidis)
www.nlhelptyezidis.nl
www.yezidigenocidejusticecampaign.org

Mitunterzeichner:

Cc: Staatsoberhäupter, Koalition der Willigen
Mitglieder des Kongresses und des Parlaments, Koalition der Willigen
Generalstaatsanwälte und Justizminister, Koalition der Willigen